

RESÜMEE
DEUTSCHLAND AN DER SCHWELLE
ZUR NATIONALEN NORMALITÄT UND
DIE IDENTITÄTSKÄMPFE DER GEGENWART

Die Bundesrepublik der Gegenwart sieht auf die Jahre nach 1968 mit Unbehagen zurück. Das gilt für nahezu alle politischen Strömungen. Wer sich mit der Studentenbewegung, der Kritik des Kapitalismus und dem Traum herrschaftsfreier Lebensformen auch im Nachhinein noch identifizieren kann, sieht sich als Verlierer der Geschichte. Es sind wenige exotisch unzeitgemäß anmutende Altlinke. Wer seine persönliche Revision vollzogen hat, in mehr oder weniger offener Weise sich von der eigenen bewegten Vergangenheit distanziert und publizistischen Furor gegen „kulturrevolutionäre“ Fantasmen walten lässt, versteht sich als gebranntes Kind, als eines Besseren Belehrter, der anderen zur Aufklärung über linke „Spinnereien“ verhilft. Der kühle Hohn des kämpfenden Konservatismus ist intellektuell stilprägend weit über seine Lagergrenzen hinaus geworden. Wer im liberalen Bildungsbürgertum der 60er Jahre dialogbereites Verständnis für die Anliegen einer rebellischen Jugend zeigte, fühlt sich durch die zunehmende Intoleranz dogmatischer Marxisten betrogen, ist durch den Terrorismus schockiert und sieht sich durch die stumpfsinnig intriganten Ideologiekämpfe und weltanschaulichen Verschanzungen der Linken insgesamt in seiner Wende zum konservativliberalen Bündnis bestätigt. Wer sich als politikskeptischer Wirtschaftsliberaler nach 1968 wie ein Dissident empfand, mit resignierendem Kopfschütteln auf die hohen Lohnforderungen der Gewerkschaften und die Einführung der Mitbestimmung reagierte, Ölpreiskrise und Rezession als unheilvolles Signum der Zeit erfuhr, betrachtet die politische Ankunft des Neoliberalismus in der Bundesrepublik Anfang der 80er Jahre wie die Renaissance ordnungspolitischer Vernunft nach dem finsternen Mittelalter sozialistischen Aberglaubens, leistungs-

feindlicher Verteilungsscholastik und inquisitorischer Verfolgung der wenigen ökonomisch denkenden Illuminaten. Wer sich als Konservativer von den radikallibertären Ideen von 1968 und der emotionalisierten Traditionskritik bis auf den Kern seines Anstandsbedürfnisses, seines religiösen Bekenntnisses und Autoritätsglaubens provoziert sah, meint mit Blick auf Radikalenerlass und Antiterrorgesetzgebung, dass allenfalls das Schlimmste verhütet worden sei, Deutschland im übrigen irreparablen Schaden an seiner geistigen Identität genommen habe und noch immer von linksliberaler Meinungsmacht dominiert werde. Wer schließlich unter dem SED-Regime die polizeistaatlich herrschende, jede individuelle Regung erdrückende Alltagsdiktatur des real existierenden Sozialismus erlebt und seine politische Orientierung aus der existenziell befreienden bürgerlichen Revolution von 1989 bezogen hat, schaut, mit vorsichtiger Bejahung des national geeinten Landes, vor allem befremdet und amüsiert auf die Teil- und Scheinprobleme jener westdeutschen Midlife crisis, ist erleichtert, solchen wirklichkeitsfremden ideologischen Ballast wie den der 68er nicht mit sich herumtragen zu müssen. Alles in allem genommen haben die 70er Jahre einen schlechten Leumund. Das ist keine Generationenfrage. Denn die Jüngeren, die das Jahrzehnt als Kinder oder gar nicht mehr erlebt haben, schließen sich politisch – mag auch popkulturell zeitweise ein ironischer Retrochic des schlechten Geschmacks mit Plüsch, Polyesterhemd und Hammondorgel in Mode gekommen sein – ganz überwiegend einer der skizzierten Abwehrhaltungen an. Die 70er Jahre stehen für deutschlandpolitischen Stillstand, gesellschaftspolitisches Scheitern, administrative Planungshybris, ideologischen Irrgang. Sie waren nicht mehr normal. Das ist die vorherrschende Lesart.¹

Politische Normalität ist das normative Grundbekenntnis der Berliner Republik, die in scharfer Entgegensetzung zum westdeutschen Jahrzehnt nach 1968 gedacht

¹ Dies unterschätzt Bernd Faulenbach: Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt? In: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 1-37 (34ff.), der zwar mit den Reformen von Scheidungs-, Abtreibungs- und Sexualstrafrecht und der Fortentwicklung der europäischen Einigung allgemein unterschätzte Beispiele nachhaltig wirkender Modernisierung anführt und mit guten Gründen von einem „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ spricht, dabei jedoch außer Acht lässt, wie stark die negative Einschätzung der späteren Ostpolitik, der Hochschul- und Bildungsreform, der Mitbestimmung und des expandierenden Sozialstaates inzwischen ist. Insofern zeitigt die Bestimmung als sozialdemokratisches Jahrzehnt in der gegenwärtigen Öffentlichkeit den Umkehrerffekt, dass die 70er als ein abschreckendes Beispiel für die SPD in der Regierung gelten und damit auch für Neuanläufe zur sozialliberalen Bündnisbildung keine gute Tradition abgeben. Weit einflussreicher ist eine Krisenanalyse wie die von Gabriele Metzler: Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall. Stuttgart 2003, die grundlegenden Strukturumbrüchen, der Auflösung nationalstaatlicher Steuerungschancen und dem Heraufziehen der postindustriellen Gesellschaft das entscheidende Gewicht einräumt, das „sozialpolitische Füllhorn“ aber, das die Regierung in den 70er Jahren in der Hand zu haben glaubte, ebenso als Erklärung für „Expansion und Krise“ heranzieht (S. 169ff.).

wird. Repräsentativ für das deutsche Geschichtsbild der Gegenwart ist die Meistererzählung der Normalisierungsgeschichte, die den 50er Jahren Wiederaufbau, Integration und Stabilisierung, den 60ern Liberalisierung und Verwestlichung, den 80ern Aufbruch in die Globalisierung und Ankunft im vereinten Deutschland zugute hält. Die 70er Jahre aber stehen für neomarxistisch überzogene Kritik der NS-Vergangenheit, verkrusteten Wohlfahrtsstaat und verfehlte Sozialpolitik. Sie sind demnach der tote Ast im blühenden Baum der „geglückten Demokratie“.² Dieses Bild ist das Ergebnis einer fundamentalen Revision der historischen und politischen Orientierung, deren Stufen und Schritte in dieser Arbeit nachvollzogen wurden. Hermann Lübke ist in der Tat zum Sieger zu erklären. Durchgesetzt hat sich unabhängig von parteipolitischer Positionierung die „liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik“.³ Und dazu zählt das hohe Prestige, das der neue, modernisierte Konservatismus sich erfolgreich dafür zuschreibt, dass er es gewesen sei, der Deutschland in der liberalen westlichen Demokratie beheimatet habe. Wenn indes Ankunft im „Westen“ heißt, dass die gesellschaftliche Individualisierung, die soziale und räumliche Mobilität der Menschen zugenommen haben, dass Rollenmuster wie die Trennung von weiblichen und männlichen Lebensläufen flüssiger geworden, Bildung und Beruf freier gewählt werden können, dass neue intermediäre, nichtstaatliche Organisationen einen größeren Einfluss auf die politische Willensbildung ausüben und die staatlichen Institutionen einen stärkeren Rechtfertigungsdruck durch eine politisch aktivierbare Öffentlichkeit verspüren, dann ist den Ideen und Aktionen von 1968 ein Gutteil dieser Demokratisierung und Egalitarisierung Deutschlands zuzurechnen. Die Leistung der neuen Konservativen liegt vor allem darin, dass sie sich selbst, dass sie den deutschen Konservatismus liberalisiert und flexibilisiert haben. Insofern haben sie ihren Anteil an der Westverschiebung des deutschen politischen Selbstbewusstseins. Modell standen dabei die angelsächsischen Formen eines vor allem habituell durch Überlegenheit, Distinktion, Common sense, Realismus und Alltagspragmatik bestimmten Konservativseins. Bloß keine „Ideologie“, nur kein „Moralismus“, heißt die Losung. Der neue deutsche Konservatismus ist eine am Gegner entzündete politische Glaubensrichtung. Ihn motiviert die Furcht vor dem normativen Verschleiß der Politik durch überzogene moralische und materielle An-

² Vgl. die mit viel Zuspruch aufgenommene Darstellung von Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 11ff.

³ Vgl. Jens Hacke: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik. Göttingen 2006, S. 292.

sprüche. Seine Absicht ist es, die öffentliche Ordnung im Lot zu halten. Sein Blick richtet sich auf die etablierten, die normalen Normen, die erprobten Routinen in Staat und Gesellschaft und auf die faktischen Machtverhältnisse, an die er sich flexibel anzupassen versteht.

Im Zuge der Globalisierung haben sich solche Anpassungen im Wechselverhältnis von Wirtschaft und Staat ereignet. Hier hat die Westorientierung der Bundesrepublik eine neukonservative Dimension erhalten. Denn Konservative haben spätestens seit den 80er Jahren das Leitbild des rheinischen Kapitalismus, der den Staat noch als ökonomisch-sozialen Ordnungsgaranten stark machen wollte, hinter sich gelassen. Sie sind eingeschwenkt auf die Linie eines regierungsfeindlichen, den Zentralstaat attackierenden amerikanischen Konservatismus, wie er seit den 60er Jahren aus dem Süden und Westen der USA in das Washingtoner Establishment vorgezogen und in der Präsidentschaftskandidatur des Republikaners Barry Goldwater 1964 erstmals populär geworden war. „Government is the problem, not the solution“ – diese Parole verbirgt allerdings ein gespaltenes Verhältnis zur Regierungsmacht. Als verderblich gelten demnach zwar Steuern, staatliche Eingriffe zugunsten eines Gesundheits- und Sozialsystems, das Armut vermeidet, staatliche Garantien der Bürgerrechte und der Chancen von Minderheiten, Gesetze zur Waffenkontrolle und zum Umweltschutz. Gefordert werden hingegen der Protektionismus und die Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige, die Exekution harter Strafgesetze einschließlich der Todesstrafe, die Erhöhung der Rüstungsausgaben und eine kompromisslose Konfrontationshaltung nach der Maxime „America first“ in der internationalen Politik.⁴ Das gesplante Staatsbewusstsein gehört auch zur ideologischen Anatomie des flexibilisierten deutschen Konservatismus: Staatsfeindlich dort, wo gegen den Sozialstaat die Privatisierung wirtschaftlicher und sozialer Risiken, wo geringe Steuern, wo Wettbewerb und Markt als reinster Ausdruck der Freiheit gefordert werden. Staatsfordernd jedoch dann, wenn die innere Sicherheit, die Aktionsfähigkeit von Polizei, Geheimdienst und Bundeswehr, die Werteerziehung, die Abwehr von Einwanderern, die Bewachung der nationalen und kulturellen Identität infrage stehen. Der moderne Konservatismus ist wirtschaftsliberal und interventionsstaatlich in einem. In der ökonomischen Sphäre setzt er auf das private Kapital. Im Strafrecht, beim Militär, bei der kulturellen Orientierung zielt er darauf, die Staatsgewalt zu

⁴ Vgl. John Micklethwait, Adrian Wooldridge: *The Right Nation. Conservative Power in America*. New York 2004, pp. 40-93.

verstärken, die Individualisierung zu kontrollieren und den Pluralismus zu begrenzen. Dies kann als konservativliberale Reaktion auf die Bedingungen der Globalisierung gelten. Wirtschaftliche Konkurrenz wird mit Öffnung und Anpassung, kultureller Wettbewerb mit Verhärtung und Militanz beantwortet. Ein umfassendes Staatsbewusstsein, das auch die wirtschaftliche und soziale Sphäre öffentlich zu regeln beansprucht und daher am ehesten das verwaiste Erbe der „sozialen Marktwirtschaft“ mit ihren älteren konservativen Elementen angenommen hat, ist derweil in sozialdemokratischen Programmdebatten zu neuer Prominenz gekommen. In der Auseinandersetzung um den „handlungsfähigen Staat“, der die Privatisierung öffentlicher Güter in die Schranken zu weisen habe, wird um die Wiedergewinnung einer politischer Steuerungsfähigkeit gerungen, die sozialen Ausgleich verwirklichen kann.⁵ Dies kommt zu einer Zeit, da der Nationalstaat als defizitärer Souverän immer weniger Vertrauen und Loyalität zu mobilisieren versteht, ohne dass neue internationale Institutionen, die den Territorialstaat transformieren, die Lücke wirtschaftspolitischer Gestaltung, geschweige denn demokratischer Legitimation füllen könnten. Nation und Kultur indes haben einstweilen Konjunktur. Die Vermutung liegt nahe, dass sie Ersatz faktischer Steuerungsmacht durch fiktive Identitätsabsicherung sind. Die wirklichen Lebenschancen wandern mit dem Kapital. Der Staat bleibt zurück. Wo er sinkt, greift der schiffbrüchige Mensch zum Treibgut kultureller Identität.

Der Versuch, die global aufschießenden Nationalismen und Identitätskämpfe als Ersatzhandlungen zu verstehen, sollte nicht dazu verleiten, sie zu unterschätzen. Ihr mangelhafter Beitrag zur Lösung globaler Probleme sagt wenig über ihre subjektive und situative Macht im Menschen. Gerade in Seenot wird um die verbliebenen Rettungsboote mit letzter Entschlossenheit und ganz unabhängig davon gekämpft, ob sie den Stürmen der Zeit gewachsen sind. Nationale Selbstbehauptung gegen innere und äußere Kritik ist wie in anderen Ländern Europas so auch in Deutschland, dem die postnationale politische Kultur voreilig attestiert wurde, eine einflussreiche Rechtfertigungsfigur für innen- und außenpolitische Machtentfaltung. Eine durchgreifende Tabuisierung der Nation, wie dies von konservativer Seite immer wieder beklagt wird, hat kaum stattgefunden. Allerdings gab es von linksliberaler Seite eine scharfe Kritik des deutschen Nationalismus in der Geschichte. Seit den 70er Jahren hat die konservative Gegenbewegung diese Kritik effektiv gekontert und nachhaltig entkräftet. Auch das zwischenzeitlich konsensfähige Leitbild eines postnationalen Verfas-

⁵ Vgl. Erhard Eppler: *Auslaufmodell Staat?* Frankfurt a.M. 2005.

sungspatriotismus gilt mittlerweile als unnatürliche Verbiegung und Verkrampfung. Der begrüßte Common sense stolzer Bürgerlichkeit ist der normale Nationalismus. In dessen Perspektive war Hitler sicherlich „unnormale“, nicht mehr normal war aber eben auch die intensive Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Zeit und ganz besonders mit der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. „Der Schatten“, wie das Verbrechen dann oft genannt wird, solle weichen. „Die Obsession“ mit der NS-Vergangenheit sei pathologisch.

Bis in die Gegenwart stellen der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg, der Völkermord, die Lager, der arbeitsteilige Massenmord einen Unruheherd im Nationalbewusstsein des geeinten Landes dar. Die politischen Polarisierungen aber haben abgenommen. Die staatsverstärkte Gedenkpoltik der 80er und 90er Jahre folgte der Zeit nach 1968, in der die extreme Linke unter Verweis auf den NS-Staat den „Widerstand“ gegen das „faschistische System“ der Bundesrepublik begründen wollte und der Terrorismus immer wieder mit Analogien zu Auschwitz operierte, um politischen Mord zu rechtfertigen. Die Gedenkpoltik diente der Wiederherstellung innerer Ordnung. Sie war der konservative Weg zur nationalen Konsensbildung. Die allgemeine Verurteilung des NS-Regimes korrespondierte mit dem allgemeinen Anspruch auf Versöhnung und Überwindung der Vergangenheitskonflikte. Das Gedenken, das „kollektive Gedächtnis“ und die „Erinnerung“ sind ein nationales Projekt geworden. Schritt für Schritt sind neben die Opfer der deutschen Angriffs- und Vernichtungsgewalt die deutschen Opfer des zurückschlagenden Krieges getreten, die Toten der Luftangriffe, die Flüchtlinge, die Heimatvertriebenen. Im Modus der historischen Identitätspolitik, die global zu beobachten ist, wollen auch die Deutschen nun ihre nationale Leidens- und Erfolgsgeschichte erzählen. Die moralische Verpflichtung aus dem Holocaust zur Kritik der eigenen Nation und zu ganz bestimmten politischen Entscheidungen gilt als überholt und gestrig. Das bleibt allerdings mit Unsicherheiten behaftet. Die vollendete nationale Normalität erfordert im Kern die nationale Normalität des Nationalsozialismus, also seine historische Rechtfertigung. Diesen Schritt ist Ernst Nolte gegangen. Nur wenige sind bereit, ihm zu folgen.

Die Schwierigkeiten, die das neukonservative deutsche Nationalbewusstsein hat, treten deutlich hervor im Vergleich zum amerikanischen Neokonservatismus. Dort ist das seit dem israelisch-arabischen Krieg von 1967 stark angewachsene Holocaustbewusstsein zu einer Grundemotion des moralisch aufgeladenen Amerikanis-

mus geworden.⁶ Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse, in die „mit uns“ und die „gegen uns“, die Verurteilung friedenspolitischer Kompromisse als weichliche Kapitulation vor Gefahren, die Ersetzung multilateraler Diplomatie durch unilaterale Militärmacht – immer wieder wird dies mit historischen Analogien bebildert: Hätte der Westen Hitler schon 1938 gestoppt, statt in München „appeasement“ zu betreiben, wäre die Ermordung von sechs Millionen Juden verhindert worden. Wo der moderne Konservatismus in Deutschland die Bezugnahme auf Hitler zurück drängen, die Holocaustfixierung lösen will und den politischen Moralismus attackiert, ist in den USA eine Strömung mächtig geworden, die das Gegenteil propagiert und damit die Argumentationshoheit in den internationalen Beziehungen beansprucht. Ein Deutschland, das Hitler normalisiert, wäre im Westen isoliert. Schon das gegenwärtige Deutschland, das den Nationalsozialismus historisiert, spürt die geschichtspolitischen Spannungen mit der konkurrierenden Identitätspolitik anderer Nationen.

Der Nahostkonflikt mit dem mehr als sechs Jahrzehnte andauernden jüdisch-arabischen Krieg im Zentrum, der allenfalls durch Waffenruhen unterbrochen, aber selbst durch nominelle Friedensverträge mit Ägypten, Jordanien und den Palästinensern nicht überwunden werden konnte, ist ein herausragendes Beispiel, wie sehr die Identitätskonflikte der Gegenwart die Gewalt verschärfen. Aus einem Konflikt widerstreitender territorialer Interessen, der politisch verhandelbar ist, wird ein moralisch aufgeladener Existenzkampf, in der jede Seite die andere in der Gestalt des schlechthin Bösen und Teuflischen sieht. Auf der arabischen Seite ist der militante Islamismus die bis aufs Äußerste gesteigerte Identitätspolitik mit religiösen Drohungen sowohl an die eigene Gefolgschaft wie an den äußeren Feind. Er steht auf massive Weise einem Verhandlungsfrieden im Wege. Aber auch das wache Bewusstsein des Holocaust und die politische Nutzenanwendung dieses Bewusstseins für die eigene Sache sind sowohl in Israel als auch in den USA Gegenstand einer Kritik gewesen, die auf die Beilegung des Nahostkonflikts zielt.⁷ Hier ist zu fragen, ob nicht auch der neue deutsche Konservatismus mit seiner Warnung vor der Moralisierung und Ideologisierung der Geschichte den richtigen Punkt getroffen hat. Das Freihalten der Politik von polemischen Vergleichen aktueller Ideologien mit dem Nationalsozialismus, der Verzicht auf die Hitleranalogie im Urteil über gegenwärtige Diktatoren oder Ter-

⁶ Vgl. Micklethwait, Wooldridge: *The Right Nation*, pp. 72-76.

⁷ Vgl. Tom Segev: *The Seventh Million. The Israelis and the Holocaust*. New York 1993, und Peter Novick: *The Holocaust in American life*. Boston 1999.

rorführer, würde dies nicht die dringend nötige Entschärfung internationaler Konflikte begünstigen?

Diese Frage ist zu bejahen. Sie weist allerdings auf einen weiteren Bruch im deutschen Anspruch auf nationale Normalität hin. Während für Israelis oder Amerikaner die Entpolitisierung der Holocausterinnerung eine Rücknahme nationalistischer oder militaristischer Energien bedeutet, heißt die konservative Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland im Gegenteil Wiederermöglichung des eigenen Nationalismus. Was im einen Falle moderierend und kulturell öffnend wirkt, kann im anderen zur Forcierung der geschlossenen Identitätspolitik auswachsen. Der deutsche Konservatismus erwartet von anderen Nationen zu Recht, den vergangenheitskritisch verengten Blick auf die Deutschen zu weiten. Er warnt zu Recht davor, mit kurzschlüssigen Verweisen auf Hitler politische Konflikte anzuzünden. Dies sind Einwürfe gegen eine partikularistische Identitätspolitik. Die universelle Ethik reicht dabei allerdings nur so weit, wie sie der eigenen nationalen Entlastung entgegenkommt und ist deshalb keine. Denn auf Deutschland angewandt wäre sie ein Argument für jenes selbstkritische Verständnis der eigenen Nation, das den kämpfenden Konservativen ein Dorn im Auge ist, weil sie es für gefährliche Schwäche im grenzüberschreitenden kulturellen Wettbewerb ansehen. Wer die „deutsche Leitkultur“ an die Stelle universeller Grundwerte und Rechtsnormen setzt, um härtere Orientierung in den unübersichtlichen Identitätskonflikten der Globalisierung einzufordern, muss den normalen Nationalismus der Deutschen erkämpfen. Der soll Front machen gegen kulturelle Unterwanderung, gegen Fremdnationalismus und Islamismus in den Einwanderungsquartieren deutscher Städte. Nur wer selbst stolz ist, könne stolzbedürftige Menschen integrieren, so die Mutmaßung. Wo aber Stolz gegen Stolz in Stellung geht, liegt der Kulturkampf in der Luft. Die Frage der Gegenwart ist, ob der exklusive Modus der Identitätspolitik überhaupt einen Beitrag zur Lösung globaler Orientierungsprobleme und politischer Konflikte leisten kann. Wo diese Frage gegen den Strom kollektiver Ängste mit nein beantwortet ist, wird der Weg frei für die Mühen einer politischen Gestaltung des globalen Zusammenlebens.